

Rezensionen

Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Jürgen Luh, Truc Vu Minh und Jessica Korschanowski: Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt, Dresden: Sandstein Verlag 2020, 264 S., 34 Euro

Die Sonderausstellung „Potsdamer Konferenz 1945 – Die Neuordnung der Welt“ wird am historischen Ort, dem Potsdamer Schloss Cecilienhof bis zum 31. Oktober 2021 gezeigt. Zu dieser gibt es keinen Ausstellungskatalog aber einen Begleitband. In der Regel liefert ein Ausstellungskatalog mit den Abbildungen gezeigter Exponate und diesen zugeordneten Essays eine Vertiefungsebene für die nachfolgende Beschäftigung mit dem Gesehenen vom heimischen Sessel aus. Der von Jürgen Luh unter Mitarbeit von Truc Vu Minh und Jessica Korschanowski für die Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg herausgegebene Begleitband geht andere Wege. Er bildet nicht die Highlight-Objekte, beispielsweise das Tagebuch der Joy Milward, einer Sekretärin der britischen Delegation, oder die Leihgaben aus dem Hiroshima Peace Memorial Museum ab, sein Schwerpunkt liegt auf den von zwölf Historikern und einer Historikerin verfassten Aufsätzen. Einige der in der Ausstellung gezeigten Fotografien und Dokumente findet man hier als Illustrationen wieder.

Auf der Potsdamer Konferenz verhandelten die Delegationen Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 u. a. über die Neuordnung und Verwaltung des Deutschen Reiches, die Erhebung der Reparationen, die Verschiebung des polnischen Territoriums nach Westen und über den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan. Eine während der Konferenz am 26. Juli veröffentlichte „Potsdamer Erklärung“ forderte Japan zur Kapitulation auf. In Die

Neuordnung der Welt soll, so der Herausgeber, der „Versuch einer Perspektivverweiterung“ unternommen werden, im Gegensatz zur bisher vorliegenden Forschung, die den genauen Ablauf der Potsdamer Konferenz oder den Übergang vom „heißen“ zum „kalten“ Krieg mit einem Fokus auf Europa dargestellt habe. In den einzelnen Beiträgen soll „jenseits der rein politischen Betrachtung“ „gefragt werden, [...] was also die Menschen sich von der Konferenz [...] erhofft, erwartet, versprochen haben“, es wird „geschaut, [...] welche Wirkung ihre Ergebnisse [...] für die Menschen, die von den Beschlüssen betroffen waren, oder für diejenigen, die sich mehr oder eine intensivere Anteilnahme an ihrem Schicksal erhofft hatten, bedeutet haben.“ Die Fokussierung auf die „Menschen“ bzw. die „Betroffenen“, so sympathisch sie auch wirkt, läuft leicht Gefahr, das Verständnis für übergreifende Zusammenhänge auszublenden, wenn sie sich von der Untersuchung des politischen und historischen Geschehens abhebt. Dieser Gefahr begegnen die Wissenschaftlichkeit und die thematische Bandbreite der Beiträge des Bandes. Auf die Darstellung der jeweiligen Interessen der Siegermächte und der Situation in Deutschland folgen Texte über die Bedeutung der Potsdamer Konferenz für die jüdischen Organisationen bzw. für die Geschichte Polens, Japans, Chinas, Koreas, Frankreichs und des Iran.

Auf diese Weise wird ein Panorama unterschiedlicher Interessenlagen und Konflikte in der Endphase bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eröffnet. Gewissheiten, die ein auf Europa beschränkter Blick erlaubt, können so problematisiert werden. Robert Kramm zeigt am Beispiel Japans, dass die Datierung des Kriegsbeginns und -endes in Ostasien umstritten ist, Periodisierungsentscheidungen vielmehr dazu beitragen, Geschichten und Erfahrungen zu betonen oder auszuschließen, hier besonders den japanischen Expansionskrieg in Ostasien, der dem Angriff auf Pearl Harbor voran-

gegangen war. Mehrere Autoren gehen den Fragen des Kolonialismus und der „Entwicklung neuer Formen von Hegemonie“ (Robert Kramm) nach, zumal diese Themen auch für Konfliktstoff unter den Alliierten sorgten. Der Iran, der eine strategische Bedeutung für kriegswichtige Lieferungen an die Sowjetunion hatte und zugleich von amerikanischer und sowjetischer Seite mit der Forderung nach Ölförderkonzessionen unter Druck gesetzt wurde, entwickelte sich, wie Jana Forsmann aufzeigt, zu einem Raum, in dem die Alliierten im direkten Aufeinandertreffen die Grenzen des gemeinsam Erreichbaren erfuhren.

Die in der Einleitung angekündigte Fokussierung auf die „Menschen“ und „Betroffenen“ verfolgen die einzelnen Beiträge in durchaus unterschiedlichem Maße. Beispielgebend ist hier Philipp Gassert. In „Im Schatten von Jalta und Hiroshima: Potsdam 1945 aus der Sicht der USA“ zeigt er, mit welchen Unsicherheiten die amerikanische Bevölkerung die Nachkriegsordnung erwartete, er erläutert die damalige Presseberichterstattung und belegt mit einer Untersuchung zur Nennung der Begriffe „Potsdam“, „Jalta“ und „Hiroshima“ in US-Zeitungen von 1945 bis 2016 die Diskrepanz zwischen zeitgenössischer Wahrnehmung und späteren Zuschreibungen. In anderen Beiträgen bleibt diese Perspektive hingegen oberflächlich und beschränkt sich etwa auf ein bloßes Zitieren journalistischer Kommentare. Bedauerlich ist, dass gerade Stefan Gehlens einführender Beitrag über die „Verortung der Berliner Konferenz in Potsdam“ die Belastungen und Hoffnungen nicht schildert, unter denen die Einwohner der Stadt die Konferenz erfuhren, dabei bieten doch gerade hier die publizierten Tagebücher von Hanna Griebach („Potsdamer Tagebuch“) und Hermann Kasack („Dreizehn Wochen“) anschauliches Material.

Die mit den einzelnen Themen verbundene Nähe zum Forschungsgegenstand

bedingt auch, dass historische Sachverhalte unterschiedlich bewertet werden; viele Sammelbände macht das erst interessant. Die Herausgeber müssen dann aber Position beziehen und die Konfliktstoffe benennen. An einigen Stellen wäre dies besonders angebracht, etwa wenn für Andreas Kossert „Hitler und Stalin“ Polen „in gemeinsamer Komplizenschaft besetzt und annektiert“ haben, Jacob Riemer dagegen betont, dass „der militärische Wille zur Eskalation im Herbst 1939 eindeutig auf Seiten des Deutschen Reiches lag und die Vorstellung einer etwaigen gemeinsamen Urheberschaft am Zweiten Weltkrieg den historischen Ereignissen widerspricht“. Auch über die Zahl der sowjetischen Todesopfer des Zweiten Weltkriegs gehen die Meinungen auseinander, so schätzt Philipp Gassert diese auf 15 Millionen, Jacob Riemer auf 25 bis 27 Millionen. Und rechtfertigt der Blick auf die „Betroffenen“, hier der heimatlosen Flüchtlinge, tatsächlich Überspitzungen, wie jene von den „drei Herren im fortgerückten Alter“, die nach Potsdam gereist seien, um sich „bei Zigarren und Whiskey“ „ein Stück des Kuchens [zu] sichern“ (Andreas Kossert)? Die Beiträge von Gassert über Truman, Riemer über Stalin und Victor Maurer über Churchill sowie dessen Nachfolger Clement Attlee erarbeiten komplexere Ziele.

Die französische Regierung wurde lediglich per Telegramm über die Potsdamer Beschlüsse in Kenntnis gesetzt, und versuchte stattdessen eine Machtposition über die Mitarbeit in anderen internationalen Gremien zu gewinnen. Für die jüdischen Organisationen hatte das Treffen eher eine untergeordnete Bedeutung, da die Entschädigung jüdischer Opfer und die Einwanderung nach Palästina hier nicht verhandelt wurden. Auch aus „chinesischer Perspektive hat die Potsdamer Konferenz den zuvor [in Teheran und Jalta] geschaffenen Fakten nichts Wesentliches mehr hinzugefügt“, wurde das Land doch als „Siegermacht zweiten Ranges“ behandelt (Thoralf Klein). Der Iran

musste bis zum April 1946, unter anderem mit Protestnoten an die UNO, um den Abzug der sowjetischen Truppen kämpfen. „Gelungen war dies jedoch nicht durch einen Interessenausgleich der ‚Großen Drei‘.“ (Jana Forsmann) Gerade mit solchen Einschätzungen wird der Band interessant, denn die Beiträge zeigen hier die Begrenztheit der von Potsdam ausgehenden „Neuordnung der Welt“ auf und stellen sie in ein Verhältnis zu den Umbrüchen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der kolonialisierte Länder um ihre Souveränität kämpften und neue politische Akteure an Bedeutung gewannen.

Jan Kostka

Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. München/Salzburg: Verlag Benevento 2020, 987 Seiten, 32 Euro

Mit DDR, Ostpolitik, Systemwettbewerb zwischen West und Ost hatte der Vater des Wirtschaftswunders im ersten Augenschein nicht allzu viel zu tun. Daniel Koerfers nach der Seitenzahl fast vierstelliges Werk über die Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Erhard hinsichtlich der Nachfolge des ersten Bundeskanzlers, aber auch hinsichtlich ordnungspolitischer Gegensätze (politische Opportunität versus ökonomische Logik) hat daher auch wesentlich andere Schwerpunktsetzungen. Gleichwohl enthält Koerfers Buch auch zur Politik Ludwig Erhards gegenüber dem real existierenden DDR-Sozialismus wichtige Hinweise.

Zunächst einmal: Die Monografie von Daniel Koerfer hatte einen Vorläufer, der 1987, also noch in Zeiten der alten Bundesrepublik, bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschien. Diese Arbeit, die sich damals in erster Linie auf die schriftliche Hinterlassenschaft des zweiten Bundeskanzlers (und ersten Bundeswirtschaftsministers) wie zahlreiche

Zeitzeugeninterviews stützte, ist seit Langem vergriffen. Der Autor hatte mehrere triftige Gründe, eine Neubearbeitung anzugehen: Einmal geht es offenkundig um so etwas wie eine intellektuelle Fundierung des 2018 in Ludwig Erhards Heimatstadt Fürth eröffneten Ludwig-Erhard-Zentrums, an dessen Konzipierung wie Anlage der Dauerausstellung Daniel Koerfer maßgeblich beteiligt war. Der zweite Aspekt betrifft die Lebensjahre Ludwig Erhards unter der NS-Diktatur, namentlich in den Kriegsjahren von 1939 bis 1945. Hier hat der Autor kräftig nach- und tiefer gegraben. Dazu sollte hier nur von Interesse sein, dass Erhard nach seinem ganzen Habitus wie seiner wissenschaftlichen Grundprägung gewiss kein NS-affiner Akteur war, dass er sich aber als Ökonom, der auf Auftragsakquise angewiesen war, naturgemäß im Bezugsrahmen dessen bewegte, was er nun einmal vorfand, einen nationalsozialistisch verseuchten Staat samt vielerlei Institutionen wie Gauleitern und SS, die zumeist über Kompetenzkompetenz verfügten.

Der dritte Aspekt betrifft einfach die Zeitdauer einer Generation, die seit dem Ersterscheinen verstrichen ist: Es galt nicht nur, eine Fülle an neuen Veröffentlichungen einzuarbeiten; Koerfer aktualisiert behutsam auch dort, wo wir heute sozial- und wirtschaftspolitisch die Dinge anders oder klarer sehen mögen als in der ersten Hälfte der Regierungszeit Helmut Kohls noch vor der Wiedervereinigung. Ein Beispiel dazu ist die Geschichte der 1957 eingeführten sogenannten dynamischen Rente, also jenes Verfahrens, nach dem die Bezieher von Renten nicht mehr aus einem Kapitalstock alimentiert werden, sondern aus Beiträgen der gegenwärtig im Erwerbsleben Stehenden samt ihren Arbeitgebern. In Zeiten des Kalten Krieges war die dynamische Rente 1957 ein großes Erfolgsmodell der alten Bundesrepublik, für Konrad Adenauer nicht nur im Blick auf die anstehende

Bundestagswahl, die er souverän mit absoluter Mehrheit gewann, sondern auch in der Systemauseinandersetzung mit der DDR.

Die schlagartige, nicht selten an eine Verdoppelung heranreichende Erhöhung der Renten war einerseits, wie Koerfer ausführt ein großer Pluspunkt in der innerdeutschen Systemauseinandersetzung. Bis 1989 waren die Rentnerinnen und Rentner in der DDR deutlich schlechter gestellt als in der „kapitalistischen“ Bundesrepublik, und immer wieder beklagten sie sich bei ihrer Staats- und Parteiführung wie im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs darüber, wie viel besser doch die Alten in Westdeutschland leben könnten. Zugleich aber: Ludwig Erhard enthielt sich bei der Schlussabstimmung über die dynamische Rente als einziger Abgeordneter aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Stimme. Wie nicht selten wagte er auch hier den Protest gegen die Politik des Bundeskanzlers, weil er die potentiellen Hypotheken sah, die mit diesem Modell auf das ökonomische Gefüge der deutschen Volkswirtschaft zukommen konnten.

Koerfer führt nun in der Neufassung aus, wie sehr bis in unsere Gegenwart der staatliche Anteil an der Finanzierung der Renten immer mehr wuchs und wie sehr sich hier ein immer belastenderer Faktor für Haushaltspolitik und ökonomische Manövrierfähigkeit der Bundesrepublik entwickelte. Die drei für die Rentenkassen zentralen Faktoren Vollbeschäftigung, reales Wachstum und zureichender Nachwuchs (demografische Problematik) haben sich nun einmal über die Jahrzehnte immer weniger verlässlich so entwickelt, wie Mitte der fünfziger Jahre einfach politisch zugrunde gelegt. Bei Koerfer kann man nachlesen: Erhard hatte auf lange Sicht ökonomisch Recht, Adenauer hatte politisch Erfolg. Insofern war es auch konsequent, wenn der „Enkel“ Helmut Kohl immer wieder betonte, er wolle nicht den „Ludwig-Erhard-Preis“ gewinnen, also

ordnungspolitisch clean bleiben, als vielmehr politisch Erfolg haben. Ob beim Verzicht auf ein deutliches Zurückfahren der Sozialbudgets ab 1982, ob bei der innerdeutschen Währungsunion vom Frühjahr 1990, mit der die DDR-Deutschen politisch gewonnen werden sollten, ob bei einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro, der die Strukturprobleme dank Beteiligung der mediterranen EU-Staaten anhaften wie Pech und Schwefel.

Ludwig Erhard hatte hingegen aus der Anschauung totalitärer Regime, ob der NS-Diktatur, ob des Arbeiter-und-Bauernstaates gelernt, dass eine „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ohne Rücksicht auf Kosten, dazu mit überbordenden Subventionen und Preisstopps, so oder so in die ökonomische Katastrophe führen müsse. Koerfer, Seite 89: „Tatsächlich gab es im Dritten Reich eine zunehmende, wenn auch versteckte, weil preisgestoppte Inflation – ganz ähnlich wie später in der DDR.“ Hier ist mit Koerfer auf Ludwig Erhards Denkschrift vom März 1944 über „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ hinzuweisen. In ihr unternahm der Autor den Versuch, für die Zeit nach Kriegsende (stillschweigend wurde die Niederlage antizipiert) Pfade auszuleuchten. Dabei sollten, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, die aufgelaufenen staatlichen Kriegsschulden so konsolidiert werden, dass die Bevölkerung nicht wieder enteignet und politisch frustriert werden würde. Ein präzises Szenario konnte auch er nicht entwerfen, aber klar war immerhin, dass es nur gehen könne, wenn die Wirtschaft von allen administrativen Fesseln befreit und wieder zu echten Marktkonditionen angeboten werden könne.

Dieses Programm hat Erhard, das ist gewiss ein Zentralelement von Koerfers Darstellung, in beachtlichem Maße ab 1948 zu realisieren vermocht, beginnend mit seinem berühmten Leitsatzegesetz als Direktor für Wirtschaft im Frankfurter Wirtschaftsrat, parallel zur Währungs-

union vom Juni des Jahres. Hier beginnt aber auch seine Geschichte mit Adenauer. Denn der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone entdeckte mit Erhard einen Akteur und ein Programm, die ihm wesentlich dabei helfen konnten und sollten, das bürgerliche Lager unter den Vorzeichen des Kalten Krieges freiheitlich-marktwirtschaftlich zu profilieren.

Adenauer wollte sich ja, und hier kommt wieder die Deutschlandpolitik ins Spiel, ebenso von sogenanntem christlichem Sozialismus wie vom Gedanken einer Brückenfunktion Deutschlands zwischen West und Ost absetzen. Seine Zielrichtung ging wesentlich nicht nur gegen eine sich noch ganz sozialistisch zeigende SPD unter Kurt Schumacher; es ging ebenso gegen die Anwälte von großen Koalitionen in der eigenen Partei wenigstens auf gesamtstaatlicher Ebene, mit dem Düsseldorfer Ministerpräsidenten Karl Arnold an der Spitze, und in Verbindung damit gegen die Anwälte einer Vorstellung von Deutschland als strategischer und ideologischer Brücke zwischen West und Ost. Für letzteres Leitbild standen die 1948 aus ihren Ämtern als Vorsitzende der CDU in der SBZ vertriebenen Jakob Kaiser und Ernst Lemmer. Die Konsequenz: Für die erste Bundestagswahl 1949 und die sich anschließende Regierungsbildung im Zeichen der Konfrontation mit der SPD war Ludwig Erhard das zentrale Aushängeschild Konrad Adenauers. Erhard war sozusagen der ideologische Frontmann der Unionsparteien.

In den folgenden vierzehn Jahren bis zu Adenauers Rücktritt gerieten beide immer dann aneinander, wenn Erhards reine Lehre und Adenauers politisches Kalkül nicht kompatibel waren. Das betraf häufig Adenauers Bereitschaft, den Einflüsterungen starker Interessengruppen zu folgen; gleichzeitig blieb Erhard aber als flankierende Wahllokomotive 1953 und 1957 unverzichtbar.

Gerade unter außen- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten spitzte sich dann aber die Konfliktlage zwischen beiden ab

1958 zu. Eine Posse mag dabei noch gewesen sein, dass die sowjetische Seite im Sommer 1958 den Bundeswirtschaftsminister (und seit 1957 Stellvertreter des Bundeskanzlers) nach Moskau einlud, damit er konkret vor Ort die Errungenschaften des Sozialismus kennenlernen könne – und Erhard war zunächst nicht abgeneigt, dieser exotischen Offerte Folge zu leisten. Schließlich mag er auch noch gewissermaßen sauer gewesen zu sein, weil der Bundeskanzler ihn nicht drei Jahre zuvor zu seiner Moskareise mitgenommen hatte. Erhard war für Adenauer einfach nicht hinreichend politischer Profi, um im Disput mit der sowjetischen Führung standhalten zu können. Auch 1958 verzichtete der Bundeswirtschaftsminister sehr schnell, nachdem Adenauer heftig protestiert hatte, und nachdem vor allem mit der zweiten Berlin-Krise (Chruschtschow-Ultimatum) die Lage an der Ost-West-Front eine gravierende Verschärfung erfahren hatte.

Ein anderer Aspekt für diese Phase ist, dass Erhard Recht behielt, als er die Kündigung des Interzonenabkommens mit der DDR 1960 sehr skeptisch sah; Bonn blieb bald nichts Anderes übrig, als das Abkommen leicht modifiziert wieder aufleben zu lassen, schließlich wollte niemand am Rhein das Ende aller innerdeutschen (Wirtschafts-)Beziehungen. Umfassender ist freilich ein anderer Gesichtspunkt: Als Ordoliberaler war Erhard auch klassischer Freihändler, bewegte sich konzeptionell im Rahmen der atlantisch bestimmten Weltwirtschaft mit den USA und Großbritannien als Fixpunkten. Adenauer hingegen wurde den USA gegenüber, Großbritannien ohnehin, was ihre sicherheits- und deutschlandpolitische Standfestigkeit anbelangt, seit Ende der fünfziger Jahre immer misstrauischer. Er setzte in der Konsequenz auf die kontinentaleuropäische Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1957 und dazu seit 1958 auf seine privilegierte Beziehung zum neuen französischen Staatschef Charles de Gaulle, und er war bereit, für

die Zuverlässigkeit dieser politischen Rückhaltepositionen ökonomische Vorteile aus der Hand zu geben. Das betraf die für die westdeutsche Exportindustrie kontraproduktive Abschottung Kontinentaleuropas durch Zollschranken, die Unterwerfung unter Maximen französischer Industriepolitik und unter Interessen der französischen Agrarpolitik. All diese Gegensätze verschärften sich mit der Eskalation der zweiten Berlin-Krise, dem Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 und der anscheinenden Bereitschaft Washingtons, im Frühjahr 1962 die Position West-Berlins zugunsten Moskaus und Ost-Berlins deutlich schwächen zu lassen.

Die Kennedy-Administration experimentierte in diesen Monaten mit Vorstellungen von einer deutlichen Aushöhlung der westlichen Positionen in West-Berlin inklusive des Zugeständnisses, der DDR die Kontrolle der Verbindungswege zu überlassen. Adenauer war hier höchst misstrauisch und führte mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, dagegen einen am Ende erfolgreichen Abwehrkampf. Erhard wie der neue, seit 1961 amtierende Bundesaußenminister Gerhard Schröder hielten weiterhin die angelsächsischen Mächte für den eigentlichen sicherheitspolitischen Rückhalt der Bundesrepublik. Über diese Entwicklung kam es zum Gegensatz zwischen Atlantikern und Gaullisten in den Unionsparteien. Adenauer und sein Wirtschaftsminister standen hier in den entgegengesetzten Lagern.

Nimmt man hinzu, wie die beiden Akteure, der Bundeskanzler und sein Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister, sich aneinander rieben und aneinander erschöpften, in der sogenannten Präsidentschaftskrise von 1959 (Frage der Nachfolge von Bundespräsident Heuss) wie in der Führung der Wahlauseinandersetzung von 1961 (nach dem Mauerbau hieß es mit einem Mal „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“, um neben dem geschwächten Kanzler ein weiteres Trumpfass zu haben), dann ergibt sich bei

Koerfer geradezu das Bild einer shakespearehaften Auseinandersetzung. Sie bestimmte selbst die letzten Szenen des gesamten Dramas:

Zur Beilegung der sogenannten Spiegel-Krise vom Herbst 1962 versuchte Konrad Adenauer, nun selbst eine Große Koalition mit der SPD von Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner zu bilden, also genau mit jener Formation, der er im Bundestagswahlkampf 1957 bescheinigt hatte, sie werde den „Untergang Deutschlands“ heraufbeschwören. Für Erhard kam nach seiner ganzen politischen und ökonomischen Prägung ein solches Bündnis unter keinen Umständen in Frage. Er war und blieb der Mann der Verbindung mit den marktwirtschaftlichen Kräften in der FDP.

Das traurige Ende des Ganzen ist, und das kann man bei Koerfer mit bestürzender Präzision nachlesen: Als Erhard im Oktober 1963 dann endlich Bundeskanzler wurde, war er ausgelaugt und erschöpft, ein Mann jenseits seines physischen und intellektuellen Zenits. Schon vom ersten Tag seiner Amtstätigkeit an waren die Diadochen an der Arbeit, brachten sich hinter ihm in Stellung. Koerfer kann nur noch einen Ausblick auf Erhards Kanzlerschaft leisten. Aber diese wenigen Seiten genügen, um hier das Tragische deutlich werden zu lassen.

Abschließend zurück zum Ludwig-Erhard-Zentrum im fränkischen Fürth. Das wiedervereinigte Deutschland verfügt vermutlich heute nicht mehr über einen Mangel an Gedenkstätten und Dokumentationseinrichtungen, die an die beiden Diktaturen auf seinem Boden während des 20. Jahrhunderts erinnern. Die positive Referenzebene, die Entwicklung und Geschichte von Demokratie und mit ihr kausal verbundener Prosperität auf deutschem Boden, sind zweifellos deutlich unterrepräsentiert. Wer kein Bild von freiheitlichen Ordnungen hat, vermag auch die humanitäre Fallhöhe schwerlich auszumessen, die mit totalitären Regimen verbunden ist. Deshalb ist es so wichtig,

dass beide nicht ohne Wirkung bleiben, das Buch über Adenauer und Erhard und das Zentrum an dem Ort, von wo der „Vater des Wirtschaftswunders“ seinen Ausgang nahm.

Zeitgeschichte soll über eine Vergangenheit aufklären, die prägend in die Gegenwart hineinreicht, dialektisch auch dann, wenn wie heutzutage historisch erprobte positive Leitideen wie der freiheitlich-marktwirtschaftliche Gedanke zu verblässen drohen. Insofern kommt Koerfers sozusagen Erhard II zur rechten Zeit, nicht nur als packende Akteursgeschichte, sondern vor allem als historisch fundierte Mahnung zu freiheitlich-marktwirtschaftlicher Standfestigkeit gegenüber allen totalitären oder wie auch immer verbrämt kollektivistischen Versuchungen.

Peter März

Lutz Maeke: Carl Steinhoff: Erster DDR-Innenminister. Wandlungen eines bürgerlichen Sozialisten. Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945, Hrsg. von F. Bösch und A. Wirsching, Bd. 5. Göttingen: Wallstein Verlag 2020, 224 Seiten, 34,90 Euro

Lutz Maekes Studie ist im Rahmen eines von 2014 bis 2018 laufenden Projektes zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden. Das Bundesinnenministerium hat, bemerkenswerterweise aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages, die 2015 begonnenen Archivarbeiten Maekes unterstützt. Er hat mit Angehörigen Carl Steinhoffs sprechen und sie dazu bewegen können, den Nachlass Steinhoffs dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung zu stellen. Bei den zahlreichen Archiven fällt das Fehlen von Unterlagen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) auf. Maeke begnügt sich mit der 2019 vom BStU erhaltenen Auskunft, über Steinhoff sei kein

Material vorhanden – im Unterschied zu allen anderen DDR-Innenministern (S. 170, Anm. 297). Eine wichtige Quelle war für Maeke ein Interview, das Gisela Heller 1975 mit Steinhoff geführt hat.

Dem Leser wird Steinhoff als eine „höchst ambivalente Persönlichkeit“ – revolutionär und konservativ – vorgestellt (S. 174). Der durch die bürgerliche Herkunft und den Ehrgeiz des Vaters vorgezeichnete Lebensweg erfährt 1915 und 1918 zeitgemäße Prägungen – das Entsetzen über die Grausamkeit des Stellungskrieges an der Westfront und die Infragestellung aller Lebensgewissheiten infolge des Zusammenbruchs des Kaiserreiches. Er ist so stark traumatisiert, dass er Ende 1915 als „kampfunfähig“ aus dem Militärdienst entlassen, ein Jahr später durch das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ zu einer Bürotätigkeit bei der Marine in Wilhelmshaven verpflichtet wird. Obwohl Steinhoff den Kieler Matrosenaufstand und die Novemberrevolution nur passiv erlebt, wird genau zu diesem Zeitpunkt – nach Darstellung von Maeke – sein Interesse geweckt, „Staatsfragen als Machtfragen an maßgeblicher Stelle mitzubestimmen“ (S. 185).

Als erster Hinweis auf eine „sozialistische“ Orientierung Steinhoffs kann das nebenberufliche Engagement des Bielefelder Rechtsreferendars für die dort neu eingeführte „soziale Rechtspflege“ betrachtet werden. Ehefrau Margarete verstärkte seine politisch linke Sozialisation, hat Maeke herausgefunden (S. 48). Steinhoff machte sich zunutze, dass die SPD als staatstragende Partei daran interessiert war, sozialdemokratisch orientierte Personen in höhere Positionen zu befördern; besonders bei Innenminister C. Severing sei dies stark ausgeprägt gewesen. Steinhoff tritt 1923 der SPD bei, ohne in den folgenden Jahren Parteiämter zu übernehmen. Auf berufliche Stationen in den Reichsministern des Inneren und der Justiz folgte die Landesvertretung Sachsens in Berlin. Außer in Bayern und in Thüringen war um 1922/23 die politische

Lage in Sachsen sehr angespannt: Große Teile der SPD plädierten für Koalitionen mit der KPD. Maeke hebt hervor, dass Reichskanzler Gustav Stresemann die Moskauer Pläne für einen revolutionären Umsturz in Deutschland sehr ernst nahm und aus diesem Grund den sächsischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner absetzen ließ. Erst unter dessen Nachfolger Alfred Fellisch, der eine Koalition mit der KPD ablehnte, trat Steinhoff seinen Dienst an. Das hinderte ihn nicht, nach 1945 zu behaupten, er sei bereits damals für die „proletarische Einheitsfront“ eingetreten.

Ein wesentliches Ziel Steinhoffs war eine Verbeamtung – dies gelang ihm 1926, als er, als preußischer Beamter, Landrat des Kreises Zeitz wurde. Maeke hebt zwei Ereignisse hervor, die Steinhoff als ausgeprägten Republikaner zeigen: Aufgrund eines Antrages des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ setzt er durch, dass innerhalb einer Woche alle sichtbaren „Überbleibsel“ der Kaiserzeit verschwand. Zum anderen kritisierte er den Bürgermeister von Zeitz, der dem Festakt zum Jubiläum der Weimarer Verfassung nicht die gebührende Bedeutung zukommen lassen wollte. Steinhoff stellte ein eigenes – sozialistisch geprägtes – Programm auf und präsentiert sich in der Festrede als „Arbeiterführer“: Auf der Basis der parlamentarischen Demokratie könnten „neue Gesellschaftsformen erkämpft“ werden (S. 75). Spätere Stationen führten ihn über das ostpreußische Gumbinnen nach Königsberg, wo er zum Vizeoberpräsidenten der Provinz Ostpreußen avancierte. Zuständig war er für die Verteilung der erheblichen finanziellen Mittel der von Berlin zur Unterstützung der Landwirtschaft Ostpreußens zur Verfügung gestellten „Osthilfe“. In den entsprechenden Gremien musste Steinhoff erleben, dass Deutschnationale und andere konservative Kräfte die Mehrheit hatten und eine sinnvolle Zuteilung der Mittel torpedierten. In diesem Zusammenhang

ist eine Aktivität Steinhoffs hervorzuheben: Er ließ die Namen derjenigen von der „Osthilfe“ Begünstigten erfassen, die 1930 die NSDAP unterstützten – beispielsweise durch das Anbringen von Wahlplakaten an ihren Gutshöfen; dieses außerhalb der Vorschriften erstellte „Register“ ist allerdings folgenlos geblieben (S. 84).

Im Februar 1933 zieht Familie Steinhoff – 1924 und 1927 wurden die beiden Kinder geboren – nach Berlin. Zu diesem Zeitpunkt ging Steinhoff davon aus, weiter in der staatlichen Verwaltung arbeiten zu können: Kriterium war dabei für ihn, dass bürgerliche Minister in Hitlers Kabinett die Mehrheit stellten. Wie Steinhoff auf das Verbot der SPD (März 1933) – und die Verfolgung zahlreicher Parteigenossen – reagiert hat, erfährt der Leser nicht. Der Ernst der Lage ist Steinhoff im Herbst 1933 klargeworden: Im September wurde er entlassen und im Oktober verweigerte ihm das Berliner Kammergericht die Zulassung als Anwalt. Zur Begründung der Entlassung zitiert Maeke eine Passage des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, wobei er den Eindruck erweckt, dies sei von einer staatlichen Stelle so in der Entlassungsurkunde formuliert worden (S. 94, Anm. 27). Maeke hat Verständnis dafür, dass Steinhoff Kompromisse mit dem NS-Staat eingegangen ist – er, seine Frau und die Kinder traten NS-Organisationen bei. Nach 1945 hat Steinhoff behauptet, seine Frau und er hätten Widerstand geleistet (S. 113, Anm. 130).

Bestimmte Charakterzüge haben Steinhoff offenbar gehindert, seinen Beitrag zu einer familienfreundlichen Atmosphäre zu leisten. Das Haus in Wilhelmshorst sei ein „bedrückender Ort“ gewesen, erinnerte sich der Sohn. Maeke geht ausführlich auf die Freundschaft mit zwei jüdischen Ehepaaren ein. Das war zum einen das den Steinhoffs bereits aus Königsberg bekannte Ehepaar Sebba, das 1933 nach Palästina emigrierte, mit dem Steinhoff bis 1939 regelmäßig korrespondierte.

Zum anderen handelt es sich um das Ehepaar Klara und Adolf Schwersenz und den mit ihnen befreundeten Unternehmer Bruno Haak. Sie war 1931 ihrem Mann zuliebe zum Judentum konvertiert, 1941 dann zum Austritt aus der Jüdischen Gemeinde Berlins gezwungen worden. 1937 wurde sie in Haaks Fabrik angestellt, in der Steinhoff ab 1940 als rechtsberatender „Syndikus“ tätig war. Ab 1943/44 konnte die Familie die letzte Phase des Dritten Reiches in der Illegalität überleben. Einiges spricht nach Einschätzung Maekes dafür, dass Steinhoff zum Überleben der Familie, die 1947/48 nach den USA auswanderte, beigetragen hat (S. 105–111). Diese Kontakte stuft Maekes als wichtiges Novum in der Biografie Steinhoffs ein.

Seine Frau trennte sich im Mai 1945 von ihm; die Kinder wohnten fortan bei ihr. Den Kontakt zum Sohn hat Steinhoff schließlich ganz abgebrochen (S. 170). Ende 1945 hat er durch Einschaltung der Sowjetischen Militärverwaltung erreichen können, dass die – infolge der Besetzung Schlesiens durch die Rote Armee „auf das Schwerste traumatisierte“ – Tochter aus Breslau nach Berlin ausreisen konnte (S. 143). Steinhoff hat sich zwischen 1933 und 1945 Gedanken über sein künftiges politisches Wirken gemacht – wie konkret, bleibt offen. Klar war offenbar für ihn, aufgrund seines „verbittert-gestörten Verhältnisses zur SPD“ (S. 187), die er für mitschuldig am Ende der Weimarer Republik hielt, eine politische Perspektive links der SPD zu suchen. Die konkrete Situation im Frühjahr 1945 dürfte für ihn den Ausschlag gegeben haben, uneingeschränkt für die proletarische Einheitsfront zu votieren. Nach Maekes Recherche ist nicht völlig klar, wie die „Entdeckung“ Steinhoffs erfolgte. Der Sohn hat im Gespräch mit dem Autor erwähnt, der Name des Vaters habe auf einer Liste „vertrauenswürdiger Deutscher“ gestanden. Steinhoff hat behauptet, er sei – aufgrund einer Initiative des NKFD-Aktiven B. Bechler – auf sowjetische Dienststellen zugegangen; tatsächlich

hatte er schon bald – und auch in der Folgezeit – recht gute Beziehungen zu sowjetischen Militärs (S. 117). Im „Zentralausschuss“ der SPD setzte sich Steinhoff für den sofortigen Zusammenschluss mit der KPD ein. Zum Präsidenten der Provinzverwaltung Brandenburgs wurde er von Marschall Schukow im Juli 1945 ernannt, zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz. Die Sowjetische Militärverwaltung und die KPD-Führung hielten es zu diesem Zeitpunkt für opportun, sozialdemokratische, bürgerliche Politiker in der ersten Reihe zu positionieren, wobei ihre jeweiligen Stellvertreter für effektive Kontrolle sorgten.

Bei der Arbeitsorganisation in seiner Behörde behielt Steinhoff bürokratische Elemente der ihm geläufigen Formalitäten bei (S. 158), gleichzeitig setzte er „rechtsstaatliche Grundfeste des Politischen für sich selbst außer Kraft“ (S. 132) – deutlich nicht zuletzt bei der maßgeblich von ihm erarbeiteten „Demokratischen Gemeindeverfassung“ (1946), die das Prinzip der Gewaltenteilung nicht mehr vorsah. Maekes geht ausführlich auf die 1947 in München organisierte Konferenz der Innenminister aller deutschen Länder ein, wobei er die Rolle Steinhoffs zutreffend als die eines Erfüllungsgehilfen der SED und der sowjetischen Führung beschreibt (S. 138–142). Ab 1949, inzwischen Kandidat des Politbüros der SED und Innenminister der ersten DDR-Regierung, profilierte sich Steinhoff als ausgeprägter stalinistischer Scharfmacher. Ende 1950 spielte er eine aktive Rolle im radikalen Vorgehen gegen „Sekten und Religionsgemeinschaften“, insbesondere gegen die Junge Gemeinde (S. 160 ff). Anfang 1950 setzte er sich für die Gründung des MfS ein, dessen Zuständigkeitsgebiete bisher beim MdI gelegen hatten. Eingaben und Beschwerden von DDR-Bürgern, die Steinhoff für staatsgefährdend hielt, leitete er zur „Bearbeitung“ an das MfS weiter (S. 160, 173). Im Sommer 1950 wurde er zum ZK-Mitglied zurückgestuft,

wobei als ursächlich in einem sowjetischen Vermerk zwei Gründe genannt worden seien – seine an Ulbricht gerichtete Nachfrage nach Todesurkunden von in sowjetischen Speziallagern Verstorbenen und die Korrespondenz mit dem Ehepaar Sebba in Israel (S. 167, Anm. 280).

Im Frühjahr 1952 gab es zunehmend Kritik am Führungsstil Steinhoffs, die in einem Verdikt Ulbrichts gipfelte – an dessen Jagden Steinhoff übrigens regelmäßig teilgenommen hatte (S. 142). Nach Maekes Darstellung dürfte der Hauptgrund der Wunsch Moskaus gewesen sein, einen Militär mit der Führung des MdI zu vertrauen, da die Wiederaufrüstung der DDR auf der Agenda stand. Maekes Wortwahl ist nicht eindeutig – einmal war es eine Demission („auf eigenen Wunsch, aus gesundheitlichen Gründen“), dann aber eine Entlassung, die für Steinhoff „völlig unerwartet“ erfolgt sei (S. 162, 190). Als „Entschädigung“ für diesen Wechsel wurde Steinhoff, der seit 1947 als Lehrbeauftragter für Verfassungsgeschichte tätig war, zum „Professor mit vollem Lehrauftrag“ ernannt (ausgeübt bis Sommer 1953) (S. 17).

Nach Maekes Recherche hat Steinhoff unmittelbar nach seiner Entlassung mit der SED gebrochen. Das hinderte ihn nicht, zahlreiche für DDR-Prominente übliche Privilegien zu genießen und das „ritualisierte Gedenken und die Inszenierung seiner Person“ zu akzeptieren – zwischen 1954 und 1972 erhielt er viele hohe Auszeichnungen. Als Rückbesinnung auf seine bürgerliche, zivile Vergangenheit kann man seinen „letzten Wunsch“ interpretieren: Vertreter des Partei- und Staatsapparats, insbesondere „Uniformierte des MdI“, sollten nicht an der Trauerfeier teilnehmen (S. 183).

Carl Steinhoff war bis 1932 ein talentierter, äußerst karriereorientierter Verwaltungsjurist, dessen SPD-Mitgliedschaft Mittel zum Zweck war. Nach 1933 hat er niemals versucht, Kontakt zu anderen SPD-Mitgliedern zu finden. Die jeweilige

politische Lage hat er nicht realistisch einschätzen können – das gilt sowohl für den Umbruch von 1932/33 und seine Implikationen als auch für die politische Lage 1952. Seine uneingeschränkte Parteinahme für die proletarische Einheitsfront 1945/46 hat ihn daran gehindert, die politischen Ziele und Methoden der moskaugeleiteten SED zu durchschauen.

Im Rahmen seines detaillierten Literaturberichts geht Maeke auf die 2006 erschienene Arbeit von Solveig Simonowitsch, Sozialdemokratische Konvertiten, ein, wobei er kritisiert, sie sei nicht „tatsächlich übergreifend und verschränkend“ vorgegangen (S. 12 f). Für den Rezensenten stellt sich die Frage, ob die von Maeke angestrebte „Kollektivbiografie“ bürgerlicher Politiker der Weimarer Republik und ihres Wirkens nach 1945 neue wissenschaftliche Einsichten ermöglichen kann.

Bernd Knabe

Peter Joachim Lapp: Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere. DDR-Propaganda gegen die Bundeswehr, Aachen: Helios Verlag 2020, 200 Seiten, 22,80 Euro

Im Januar 1958 gründete eine kleine Gruppe ausgesuchter früherer Wehrmachtsoffiziere in Ost-Berlin die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ (AeO). Das SED-Politbüro hatte ein Jahr zuvor im Februar 1957 die Gründung des Vereins beschlossen und ihm die Aufgabe zugewiesen, „auf die ehemaligen Offiziere in Westdeutschland, insbesondere auf Offiziere der Bundesarmee, einzuwirken“. Für das Vorhaben seien „ehemalige Offiziere der Nationalen Volksarmee zu verwenden und freizustellen“. Am 30. Juli 1957 beschloss das SED-Politbüro „Richtlinien über die Ziele und Aufgaben der ‚Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere‘“. Darin definierte die SED-Führung den Vereinszweck als die „systematische ideologische Beeinflussung der ehemaligen Offiziere und

Soldaten Westdeutschlands sowie der Offiziere und Soldaten der Bundeswehr durch Veröffentlichung von politischen und militärpolitischen Schriften, die in Sprache und Inhalt den Besonderheiten des obengenannten Personenkreise Rechnung tragen. Zur Verbreitung dieser Schriften werden die bereits vorhandenen sowie neu zu organisierend Kanäle benutzt werden.“ Darüber hinaus sollten die Mitglieder des Vereins „Verbindungen mit einzelnen Soldatenorganisationen in Westdeutschland“ aufnehmen „zwecks ideologischer Beeinflussung und späteren Einbeziehung in den aktiven Kampf gegen die Atomkriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen“. Für die „Anleitung dieser Organisation“ machte das SED-Politbüro den Chef der politischen Verwaltung der Nationalen Volksarmee verantwortlich. Zum Leiter der Organisation ernannte das Politbüro den Chef der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt Dresden, Wolf Stern, der jedoch in dieser Funktion aus guten Gründen nicht öffentlich in Erscheinung trat.

Offiziell wählte die Gründungsversammlung den ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht Dr. Otto Korfes zum Vereinsvorsitzenden. In dem Kommuniké, das im ersten Heft des Mitteilungsblattes der AeO erschien, werden zwar alle Vorstandsmitglieder mit ihren militärischen Rängen aufgeführt, Wolf Stern, der eigentliche Leiter des Vereins wird jedoch nicht erwähnt. Dabei war auch er Kriegsteilnehmer an mehreren Fronten des Weltbürgerkriegs, unter anderem als Interbrigadist im Spanischen Bürgerkrieg und nach dem Überfall der Wehrmacht als Oberst der Roten Armee. Für die Generäle und Offiziere der AeO war der 1897 in der Bukowina geborene Stern, der im Ersten Weltkrieg in der ungarisch-österreichischen Armee gekämpft hatte und seit 1937 sowjetischer Staatsbürger war, eine Respektsperson. Peter Joachim Lapp zitiert dazu eine aufschlussreiche Mitteilung aus der Abteilung für Sicherheitsfragen des SED-Zentralkomitees, in der festgehalten

wurde, dass Stern „die Arbeitsgemeinschaft inoffiziell“ leite. „Die Mitglieder des Vorstandes kennen ihn aus der Sowjetunion, wo er als Mitarbeiter des (MWD) sie als Gefangene verhörte und bearbeitete. Auch ein Teil der in der Nationalen Volksarmee tätigen ehemaligen Offiziere und von denen die in Potsdam arbeiten, kennen ihn aus der SU und wurden z. T. sogar von ihm zur Arbeit in Deutschland in der Polizei verpflichtet.“

Oberst Stern übernahm als Bevollmächtigter der Hauptverwaltung Kriegsgefangenenwesen beim NKWD die persönliche Betreuung des ranghöchsten sowjetischen Kriegsgefangenen Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, den er auch bei seiner Zeugenvernehmung zum Nürnberger Kriegsverbrecherprozess begleitete. Nachdem Paulus 1953 in die DDR entlassen wurde und 1954 zum Chef des Kriegsgeschichtlichen Forschungsrates in Dresden ernannt wurde, organisierte Stern mit ihm im Januar 1955 die „I. Gesamtdeutsche Offizierstagung“ in Ost-Berlin, auf der in Westdeutschland wohnende ehemalige Wehrmachtsoffiziere für die „patriotische Deutschlandpolitik“ der DDR gewonnen werden sollten.

Peter Joachim Lapp hat in seiner Studie über die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ diese von der DDR-Zeitgeschichtsforschung kaum beachtete Propagandakompanie der SED-Westpolitik vor dem Vergessen bewahrt und die Hintergründe der Indienstnahme von ehemaligen Wehrmachtsgenerälen durch die DDR-Propaganda eindrucksvoll dokumentiert. Für das Verschwinden dieser DDR-Offiziersorganisation aus der historischen Erinnerungslandschaft hat die SED-Führung nach der Anbahnung deutsch-deutscher Regierungsverhandlungen Anfang der 1970er Jahre selbst gesorgt. Die Verhandlungsführer der beiden Staaten, Egon Bahr und Michael Kohl, hatten sich darauf verständigt, die gegenseitige politische Einmischung durch Propagandasender und andere Einmischungen in die Innenpolitik zurück-

zufahren. Das „Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ stellte sein monatliches Erscheinen im Oktober 1971 ein. Einen Monat später löste eine Mitgliederversammlung, zu der 105 ehemalige Wehrmachtsoffiziere erschienen waren, den Verein auf.

Das einschlägigen Schriftgut der DDR-Militärgehaltsschreibung durfte sich dem Offiziersverein bis 1989 nicht mehr widmen. Während in früheren „Jahrbüchern der DDR“ der Offiziersverein erwähnt wurde, musste das Potsdamer Institut für Deutsche Militärgeschichte in seiner „Zeittafel zur Militärgeschichte der DDR 1949–1988“ die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ aus dem Manuskript streichen. Der vom damaligen DDR-Militärhistoriker Rüdiger Wenzke verfasste Eintrag zur AeO-Gründung wurde noch im Frühjahr 1989 aus dem Entwurf der Zeittafel entfernt. Der Offiziersverein wurde, wie Peter Joachim Lapp schreibt, bald nach seiner Auflösung zum „weißen Fleck in der DDR-Historiographie“. Denn während sich die DDR-Westpropaganda gegen die Bundeswehr in den 1950er und frühen 1960er Jahren mit den umerzogenen ehemaligen Wehrmachtsgenerälen schmückte, mussten diese Leute nach der entspannungspolitischen Abrüstung des deutsch-deutschen Propagandakriegs von der antifaschistischen Bildfläche verschwinden. Befanden sich doch die ehemaligen Nazis nach DDR-Lesart nur in der westdeutschen Bundesrepublik in Amt und Würden.

Peter Joachim Lapp widerlegt diese Propagandalegende in seiner gut recherchierten Darstellung der handverlesenen Mitgliedschaft des Offiziersclubs. Auf der Liste der einzuladenden Teilnehmer für die Gründungsveranstaltung der AeO im Jahr 1958 finden sich nicht nur zahlreiche ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtsoffiziere, sondern auch drei frühere Mitglieder der Allgemeinen SS. Nahezu alle Mitglieder des AeO hatten am Russlandfeldzug der Wehrmacht in höheren

Offiziersrängen teilgenommen und dann in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die Umerziehung zu „besseren Deutschen“ durchlaufen. Viele dieser Umerzogenen verpflichteten sich vor ihrer Rückkehr durch ihre Unterschrift zur Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Militärgesamtdienst.

Zum Zeitpunkt der AeO-Gründung im Januar 1958 dienten in der DDR-Streitkräften 5 371 ehemalige Wehrmachtssoldaten und 461 ehemalige Wehrmachtsoffiziere. Zu dem höchstrangigen von ihnen, dem ehemaligen Wehrmachtsgeneral Vincenz Müller, der es in der DDR zum stellvertretenden Verteidigungsminister und Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee brachte, liegt die von Peter Joachim Lapp 2003 veröffentlichte Biographie „General bei Hitler und Ulbricht“ vor (Vgl. ZdF 15/2004, S. 201 f).

Eine erste großangelegte Kampagne der AeO richtete sich gegen den Generalinspekteur der Bundeswehr Adolf Heusinger. Die AeO verbreitete in ihrem Mitteilungsblatt „Enthüllungen über den Verrat Heusingers an den Männern des 20. Juli 1944“. Auftraggeber der Kampagne war der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen Erich Honecker. Die Behauptung des AeO, dass Heusinger nach seiner Verhaftung als Mitwisser der Attentatsplänedurch seine Aussagen in der Gestapo-Haft „Kameraden dem Henker auslieferte“, ist bis heute nicht belegt, obwohl das Potsdamer Institut für Deutsche Militärgeschichte 1960 in dem Mitteilungsblatt der AeO einen namentlich ungezeichneten Artikel publizierte, in dem es hieß: „Es liegen aktenkundige Beweise vor, daß Heusinger ein Agent der Gestapo war.“

Tatsächlich aktenkundig ist die Überwachung des Offiziersvereins durch den DDR-Staatssicherheitsdienst. Mehrere Mitglieder des Vereins und sein hauptamtliche Sekretär Hermann Lewerenz hatte das MfS als Informanten angeworben. Bei der Chefsekretärin des Vereins Gertrud

Zwicker handelte es sich um eine Oibe – das heißt einen „MfS-Offizier im besonderen Einsatz“. Die Verpflichtungserklärung des ehemaligen Wehrmachtsmajors und späteren NVA-Oberst Hermann Lewerenz zum Geheimen Informator „Gärtner“ ist als Faksimile im Buch abgedruckt. Die Stasiunterlagenbehörde hat in der Kopie den Namen der Tochter des Vereinsvorsitzenden Otto Korfes geschwärzt, obwohl sie, die Historikerin Sigrid Wegner-Korfes, eine Biografie ihres Vaters verfasste, die 1994 unter dem Titel „Weimar-Stalingrad-Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes“ erschienen ist. „Gärtner“ teilte dem MfS über die von der Stasiunterlagenbehörde der Erinnerung entzogene Tochter von Otto Korfes mit, sie habe „eine gute Einstellung zu unserem Staat“ und übe einen positiven Einfluss auf ihren Vater aus. Sigrid Wegner-Korfes hatte an der Moskauer Lomonossow Universität und der Berliner Humboldt Universität studiert. Eduard Winter betreute sie dort 1968 als Doktorvater. Ihre Dissertationsschrift verfasste sie bei ihm über „Bismarcks Draht nach Russland: Zum Problem der sozial-ökonomischen Hintergründe der russisch-deutschen Entfremdung im Zeitraum von 1878–1891“. Eduard Winter hatte selbst – welch ein Zufall – in früheren Jahren über das Themenfeld der „russisch-deutsche Entfremdung“ intensiv geforscht. Er leitete 1944 an der Universität Prag das Institut für osteuropäische Geistesgeschichte der „Reinhard-Heydrich-Stiftung“ und gehörte der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“ an. Dem ehemaligen NSDAP-Mitglied Eduard Winter unterstand an der Humboldt Universität zu Berlin in den 1960er Jahren das Institut für Geschichte der Völker der UdSSR. Eduard Winters DDR-Karriere weist als Zweitverwertung von Erfahrungen aus dem Kampf gegen die „bolschewistische Weltgefahr“ durchaus Parallelen zu den Wehrmachtsgenerälen

im Offiziersverein von Otto Korfes auf. Auch sie haben sich auf den Weg vom Saulus zum Paulus gemacht.

Peter Joachim Lapps detailreiche Studie über die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ enthält neben profunden Fakten und zahlreichen Faksimiles auch einen Dokumentenanhang, der die wichtigsten Belegstücke zur Tätigkeit des Offiziersvereins enthält. Das Buch ist nicht nur inhaltlich gewichtig, es liegt durch seinen Glanzpapierdruck auch haptisch schwer in der Hand.

Jochen Staadt

Filip Gánczak: „Polen geben wir nicht preis.“ Der Kampf der DDR-Führung gegen die Solidarność 1980, 81, deutsche Ausgabe, Paderborn u. a.: Verlage Brill/Ferdinand Schöningh 2020 (polnische Ausgabe Warschau 2017), 380 S., 78 Euro

Die vorliegende Untersuchung versteht sich ausdrücklich als politikwissenschaftlich-systematisch, sozusagen nur hilfsweise (zeit-)historisch-genetisch. Freilich wohnt solch proklamierten Methodiken vielfach eine Schwäche inne, und von dieser kann sich auch diese Arbeit über die Rolle der DDR bei der Krise des kommunistischen Regimes in Polen 1980/81 zumindest nicht gänzlich freimachen: Denn vorgegeben wird, abstrakt zu untersuchen, was die Politik von DDR-Führung und DDR-Institutionen gegenüber Polen in den genannten beiden Jahren über das „Machtsystem“ des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates verrate.

Die Frage ist, ob es sich hier, im Gegensatz zu einem demokratisch-pluralen System, um eine tatsächlich spannende Fragestellung handelt. Natürlich kann man sich darauf konzentrieren, wer in den einschlägigen politischen Prozess auf DDR-Ebene was einspeiste und wer was anordnete, Generalsekretär des ZK der SED, Politbüro, aber auch Staatssicherheits-, Verteidigungs- und Außen-

ministerium (hier wird klar, dass diese Sicherheitsministerien durchaus wichtige Impulse setzten), DDR-Botschaft und Generalkonsulate der DDR in Polen usw. Aber in einem System ohne zugelassene, parlamentarisch verankerte Opposition, aber auch ohne die Pluralität echter Koalitionsregierungen (Modell Bundesrepublik: Regierungschef und Außenminister in unterschiedlichen Parteien) wie ohne die Vielfalt parteipolitischer Positionen und medialer Begleitungen kann sich die klassisch politikwissenschaftliche Frage nach Macht nur sehr viel anders und gewissermaßen reduziert gegenüber demokratischen Ordnungen stellen; als Rest bleibt gewissermaßen, dass es Fraktionierungen und Gruppeninteressen, wie wir wissen, systemlogisch auch in totalitären bzw. autoritären Systemen gibt.

Auch das DDR-Außenministerium hatte eigene Wahrnehmungen in seinem Apparat, die sich von den dominanten in der Parteiführung oder im Militärapparat unterscheiden mochten. Das ändert aber nichts daran, dass der Konformitätszwang in einem System marxistisch-leninistischer Observanz ungleich weitergehend war als in einem System demokratischer Pluralität und dass das Durchsetzungsvermögen der obersten politischen Spitze, hier die Spitze der SED, sehr viel rigider war als im System der politischen Spitze in einem Parteienstaat mit konstitutiver Opposition. Dies alles vorausgesetzt und mit der einschränkenden Frage, ob für Erkenntnisgewinn ein derartiger politikwissenschaftlicher „Rahmen“ denn wirklich sinnvoll und zielführend ist, ergibt sich das Bild einer materialreichen, bisherige Forschungsstände zusammenfassenden und vieles neu ans Tageslicht bringenden Studie.

Bemerkenswert ist ein Kontrast: Als im August 1980 die Streikbewegung auf der Danziger Lenin-Werft begann, aus der schließlich die Gewerkschaft Solidarność werden sollte, fand dies, vermutlich unter hochsommerlichen Urlaubsbedingungen, im Ost-Berliner Politapparat relativ wenig

Aufmerksamkeit. Das änderte sich gravierend ab dem Folgemonat. Von nun an stand das immer misstrauischer beobachtete Polen ganz oben auf der Liste der SED-Besorgnisse.

Ein knappes Jahr später, im Mai 1981, kursierte im SED-ZK eine exakte Auflistung der 142 Mitglieder des Zentralkomitees der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), in der jeweils verzeichnet war, welches polnische ZK-Mitglied aus SED-Sicht negativ oder positiv zu verbuchen sei, und wer auf wen Einfluss ausüben könne, so auf den polnischen Gewerkschaftsminister Stanislaw Ciosek der Genosse Hans Modrow. Und vom Juni 1982 datiert dann eine Liste des polnischen Innenministeriums über polizeiliche Ausrüstungen, die man bis dahin von den Verbündeten erhalten hatte, gut ein halbes Jahr nach Verhängung des Kriegsrechtes in Warschau. Dabei hatte die DDR-Seite unter anderem 360 440 Tränengasgranaten, 10 000 Schlagstöcke und 10 975 Teleskop-Schlagstöcke geliefert.

Zunächst einmal sah sich die DDR-Führung in einer anderen Situation als ihr sowjetischer Vormund: Das Breschnew-Regime in Moskau zeigte sich sehr viel zögerlicher, was eine militärische Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau anbelangte, als das Honecker-Regime in Ost-Berlin: Der Kreml war Ende 1979 das Wagnis einer militärischen Intervention in Afghanistan eingegangen und zeigte sich skeptisch, ob man sich eine weitere militärische Intervention aufladen könne und solle. Dazu sah man sich dem Druck der Reagan-Administration in Washington ausgesetzt und wollte ihr so wenig Handhabe wie möglich bieten, mit überlegener Wirtschaftskraft einen harten antisowjetischen Kurs zu exekutieren.

Die DDR hingegen sah sich eingeklemmt zwischen Polen und der Bundesrepublik: In Ost-Berlin glaubte man, in Zeiten wachsender Verschuldung und wachsender technischer Rückständigkeit die

notwendige Alimentation durch die Bundesrepublik nur dann erhalten zu können, wenn an der ideologisch-machtpolitischen Front nichts in Bewegung geriet und wenn nicht mit Polen der Faktor an der eigenen Ostgrenze ideologisch wie machtpolitisch abhandeln zu kommen drohte. Das hatte die paradox anmutende, in sich aber durchaus schlüssige Konsequenz, dass der Fortbestand intensiver ökonomischer Verflechtung mit der Bundesrepublik mit Militanz gegenüber Polen und im Übrigen auch ideologischer Militanz gegenüber der Bundesrepublik (Honeckers Geraer Forderungen von 1980) einherging. Von daher neigte die DDR-Führung immer auch sehr viel stärker als die sowjetische dazu, die Unruhe in Polen militärisch unter Kontrolle zu bringen, und war bereit, dafür zwei NVA-Divisionen als Teil einer interventionistischen Bündnisstreitmacht vorzusehen.

Die sowjetische Seite hingegen zeigte sich, auch wenn sie selbst diese Option nicht zur Gänze ausschließen mochte, einem Einmarsch in Polen gegenüber doch sehr zurückhaltend. Einer der größten Vorzüge der Arbeit von Gánczak liegt darin, dass und wie sie plastisch eine doppelte Vorgehensweise der DDR-Führung in der polnischen Angelegenheit zeigt: Zum einen unternahm sie alles, was in ihrem Radius lag, um dazu beizutragen, die polnische Gewerkschaftsbewegung so oder so unter Kontrolle und möglichst zum Verschwinden zu bringen. Zum anderen bemühte sie sich nicht ohne Erfolg, zwischen das gärende Polen und das eigene Land eine Art Sicherheitskordon zu legen. Um mit Letzterem zu beginnen: Der Polen-Tourismus wurde unterbunden, der private Reiseverkehr über Oder und Neiße beendet, DDR-Studenten in Polen wurden zurückgerufen – und analog polnische in der DDR nach Hause geschickt. Zu „Hilfe“ kamen der DDR-Führung dabei die in der eigenen Bevölkerung (wie auch in der Bundesrepublik und damit gesamtdeutsch) weit verbreiteten Stereotype von den faulen Polen, die lieber streikten

und deklamierten als zu arbeiten. Auf diesem emotionalen Klavier ließ sich trefflich spielen. (Trotz der in diese Phase auch fallenden historischen Teilrehabilitation Friedrichs des Großen in der DDR scheint doch fraglich, ob Führung wie Bevölkerung bewusst war, dass das Sprichwort von der „polnischen Wirtschaft“ von niemand anderem als dem Preußenkönig geprägt worden war, nachdem er nach der ersten polnischen Teilung von 1772 den Neugewinn polnischen Territoriums, das spätere Westpreußen, inspiziert hatte.)

Hohe SED-Funktionäre versuchten, ihnen nahestehende Hardliner unter den kommunistischen Führungsfunktionären in Polen zu ermutigen und aufzuwerten, die Generalkonsulate der DDR etwa in Breslau und Danzig (in der deutschen Übersetzung stehen ausschließlich die polnischen Städtebezeichnungen) machten im Auftrag der Ost-Berliner Spitze Politik auf polnischem Boden, Stasi-Emissäre versuchten, das Warschauer Innenministerium auf Linie zu bringen. Dazu nahm die SED-Führung intensiven Anteil am Ringen unter den führenden polnischen Kommunisten um eine personelle Neuaufstellung.

Die Figur, die sich schließlich durchsetzte, Wojciech Jaruzelski, stand über lange Zeit durchaus nicht auf Platz 1 der SED-Wunschliste. Der General erschien aus Ost-Berliner Perspektive zu sehr nationalpolnisch und zu wenig internationalistisch-kommunistisch. Daran mag durchaus auch etwas gewesen sein. Wie auch immer, Jaruzelski war schließlich der Akteur, welcher Militär-, Partei- und Staatsführung auf sich vereinigte und als Militärdiktator am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängte. Ob nun aus SED-Sicht die zweitbeste Lösung oder eben doch ein gewisses Optimum, jedenfalls schien mit dem Kriegsrecht die *Solidarność* militant niedergeschlagen, und das führte doch zu einiger Genugtuung in der SED-Führung.

Viel wird bis heute darüber räsoniert, ob und in welchem Maße Erich Honecker Bundeskanzler Helmut Schmidt hinters Licht führte, als dieser sich gleichzeitig in der Schorfheide zum vorweihnachtlichen Besuch auf DDR-Boden aufhielt und mehr oder weniger blauäugig kundtat, Honecker wie er hätten nunmehr zur Kenntnis nehmen müssen, dass dieser polnische Schritt unternommen wurde. Gewiss hat Honecker Schmidt damals geleimt, er wusste sehr genau, dabei vor allem geheimdienstlich informiert, dass mit der Kriegsrechtsverhängung in Polen für die nächste Zeit zu rechnen war. Tag und Stunde unmittelbar waren ihm aber offenkundig tatsächlich nicht bekannt.

Schließlich die ökonomische Seite des ganzen ostdeutsch-polnischen-sowjetischen Geschehens: Die DDR wurde nicht zuletzt von der sowjetischen Seite zu Unterstützungsleistungen für Polen angehalten, darunter ein 250 Millionen Mark-Kredit, der dann nicht getilgt werden musste, Waren- und insbesondere Lebensmittellieferungen der verschiedensten Art, um einer Hungerkatastrophe zu begegnen – in bemerkenswerter Parallele zu den freilich nicht staatlich, sondern aus der Tiefe der Gesellschaft organisierten Hilfsleistungen für Polen aus der Bundesrepublik.

Gravierender für die DDR war aber etwas Anderes: Polen (genauer: Das oberschlesische Montanrevier) fiel für die Krisenzeit als Steinkohlelieferant für die DDR zunächst teilweise und schließlich vollständig aus. Diese Entwicklung ging aber einher mit der Kürzung wie Verteuerung der sowjetischen Mineralöllieferungen an die DDR, in Summe so etwas wie ein energiepolitischer Doppelschlag: Die DDR verlor Potenziale, um mit preislich verteuerten Öllieferungen aus ursprünglich sowjetischen Beständen auf den Weltmärkten Devisen zu aggregieren, und sie sah sich nolens volens veranlasst, im eigenen Land Öl wie Steinkohle durch die ökologisch noch viel prekärere Braunkohle zu ersetzen. Das

letzte Jahrzehnt der DDR verhagelte ihr somit ihre ökologische Bilanz noch zusätzlich, und die Krise in und um Polen spielte dabei eine beträchtliche Rolle, wie eben auch beim finalen wirtschaftlichen Niedergang der DDR selbst.

Am Ende der Lektüre der Studie „Polen geben wir nicht preis“ empfindet man etwas Bedauern darüber, dass sie chronologisch mit der Verhängung des Kriegsrechts gut zehn Tage vor Weihnachten 1981 endet. Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und der DDR bis zu den schließlichen Krisen von 1989 würde eine weitere, dichte Studie verdienen. Zugleich ist es ein Buch, das sich durchaus mit Gewinn lesen lässt.

Peter März

Tanja Brandes und Markus Decker: Ostfrauen verändern die Republik, Berlin: Ch. Links 2019, 248 Seiten, 18,- Euro

Steffi Brüning: Prostitution in der DDR. Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig von 1968 bis 1989, Berlin: be.bra Verlag 2020, 320 Seiten, 28,- Euro

Zum Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung erschienen eine Reihe vergleichender Studien zur deutsch-deutschen Geschichte. Mitunter widmeten sich Autoren aber nur einem Teil Deutschlands, wie die Journalistin Tanja Brandes und ihr Kollege Markus Decker, die mit ihrem Buch das „positive Erbe“ der DDR präsentieren möchten. „Ostfrauen verändern die Republik“ heißt das Taschenbuch, wobei sich die beiden westdeutschen Autoren nicht ganz einig sind, ob es die Ost-Frau gibt oder nicht. Einig sind sie sich in dem Gemeinplatz, dass Frauen in der DDR in „höherem Maße als westdeutsche Frauen berufstätig“ waren, nach der Geburt ihrer Kinder „früher“ in den Vollzeitjob zurückkehrten und dadurch

gemessen am jeweiligen Einkommensniveau relativ „mehr verdienten“ als Westfrauen. Gisela Helwig kam in den achtziger Jahren in ihrer Studie über die Familienpolitik in beiden deutschen Staaten zu einem differenzierteren Ergebnis, nämlich dass die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub in der Bundesrepublik wahlweise für Mütter und Väter 1986 wichtige Voraussetzungen für eine Aufgabenteilung in der Familie schuf, während die DDR ihre großzügige Familienförderung beinahe ausschließlich an die Frauen adressierte und die Gleichberechtigung damit ins Leere lief. Helwigs vergleichende Studie über Frauen in der Bundesrepublik Deutschland – DDR wird von Brandes/Decker ebenso wenig berücksichtigt wie weitere grundlegende Untersuchungen der Frauenerforschung aus den neunziger Jahren.

Tanja Brandes und Markus Decker berichten in „Ostfrauen“ über die DDR am Ende der achtziger Jahre und beschreiben in achtzehn Kapiteln, wie sich 23 von ihnen ausgewählte Frauen nach dem Mauerfall durchsetzen und einen „selbstgewählten Weg“ gingen. Dabei geht es um erfolgreiche DDR-Frauen wie Katrin Göring-Eckhardt, Katja Kipping, Manuela Schwesig, Hildigund Neubert, Hiltrud Werner, Katharina Witt. Warum Angela Merkel „gleichsam die Mutter aller Ostfrauen“ sein soll, bleibt das Geheimnis der beiden Autoren. Mitunter enthält „Ostfrauen“ zusammengefasste Erinnerungen, manche sah die Zeit gekommen, das, was sie in der DDR erlebt und bewegt hatte, aufzuschreiben oder im Interview zu berichten. Doch die Erinnerungen werden verkürzt erzählt und die DDR-Erfahrungen der Frauen bleiben im Hintergrund, so dass meist wenig von deren Lebenserfahrungen in der DDR zu erfahren ist.

Brandes/Decker beginnen „Ostfrauen“ mit der einzigen Ost-West-Geschichte des Buches, mit den beiden Vorsitzenden des gesamtdeutschen Vereins Frauenbrücke. Gundula Grommé aus dem Münsterland

und Barbara Hackenschmidt aus Brandenburg berichteten über die Gründung des Vereins im Jahre 1990 und über die Frauenbewegung kurz nach der Wiedervereinigung. Politische Ämter anzustreben sei „in Ost und West nicht üblich“ gewesen. Doch 1989 hätten die Männer begriffen, „dass sie an den Frauen nicht mehr vorbeikommen. Denn jetzt ist bei uns auch der persönliche Wille da, Politik zu machen“, so ihr Resümee. Die Unternehmerin Viola Klein aus Dresden erinnert sich an einen Rat ihrer Mutter: „Mädchen können genau das, was Jungs auch können.“ Sie stieg in eine Firma für Software-Entwicklung ein, gründete ihr eigenes Unternehmen und unterhält heute ein „großes Netzwerk von tollen Frauen“. Stephanie Auras aus Finsterwalde ging nach dem Mauerfall nach Berlin, Leipzig und New York und kehrte schließlich in ihre Heimat zurück. Hier gründete sie das Projekt „Comeback Elbe-Elster“, ein Netzwerk mit Arbeitgebern und Behörden entstand. Abwanderung Anfang der 1990er Jahre sei ein riesiges Problem gewesen, berichtet die 37-Jährige. Cornelia Leher aus Plauen und schildert, wie sie als Kind auf dem Balkon stand, in den Himmel schaute und von der Welt träumte. Nach dem Mauerfall machte sie in Fehrbellin nordwestlich von Berlin eine private Pilotenlizenz und ging dann nach Amerika, um Praxisstunden zu sammeln. Zurück in Deutschland habe sie 1997 bei Air Berlin als Pilotin angefangen, als erste Frau überhaupt bei dieser Fluggesellschaft. Auch nach der Geburt ihrer Tochter arbeitete sie selbstverständlich weiter in ihrem Beruf. Die Pilotin berichtet über die Insolvenz im Jahre 2017 und wie sie für einen Fernsehbeitrag den letzten Flug einer Air-Berlin-Maschine kommentierte.

Den Frauenbiografien ist ein Abriss über die „Zeit vor 1989“ vorangestellt. Diese „Einleitung“ enthält eine Reihe von Fehlern und Platitüden, Banales und Abgedroschenes. An manchen Stellen mangelt es dem Text auch an Gründlichkeit. Die „klassische Hausfrauenehe“ sei

„in der alten Bundesrepublik vor 1989 noch die Regel“ gewesen, wird da behauptet oder bezogen auf die heutige Entwicklung in Ostdeutschland, daß die „traditionelle Rollenverteilung mehr Anhängerinnen“ in „den unteren sozialen Milieus“ habe, hänge mit dem „allgemeinen Rechtsruck der Ostgesellschaft“ zusammen. Mitunter fehlen Quellenangaben und nicht alle im Brustton der Überzeugung verkündet Behauptungen sind zutreffend. So schreiben Brandes und Decker, in der DDR hätte es bis 1989 „nicht eine einzige Frau ins höchste Gremium der SED, das Politbüro, geschafft“. Tatsächlich waren fünf Frauen als Kandidatinnen im Politbüro vertreten: Elli Schmidt (von 1950 bis 1953), Edith Baumann, die erste Ehefrau von Erich Honecker (von 1958 bis 1963), Luise Ermisch (von 1958 bis 1963), Margarete Müller (von 1963 bis zum Rücktritt des Politbüros im Herbst 1989) und Inge Lange (von 1973 bis 1989). Weiterhin heißt es im Ostfrauenbuch, „nur zwei Frauen gelang es während der gesamten DDR-Zeit, Ministerin zu werden“. Tatsächlich gab es in der DDR bis 1989 insgesamt drei Ministerinnen (Else Zaisser, Hilde Benjamin und Margot Honecker) sowie sechs stellvertretende Ministerinnen (Gertrud Bobek, Ruth Fabisch, Frieda Malter, Edith Oeser, Eleonore Staimer und Herta König). Die Frauen im Osten waren mitunter auch im Staatsapparat durchsetzungsfähiger, als es dieses Buch weismachen will. Die Gründe für solche Karrieren lagen freilich nicht am Prozentsatz der arbeitenden Frauen in der DDR, sie lassen sich vielmehr aus den biografischen Prägungen von kommunistischen Funktionärinnen erklären, deren Wirken im Ostfrauenbuch unbeachtet bleibt. Der flotte Hinweis von Brandes und Decker, Angela Merkel sei „gleichsam die Mutter aller Ostfrauen“, greift historisch viel zu kurz. An zwei Sächsinen wäre hier als erstes zu denken. Die politische Mutterschaft steht Clara Zetkin zu und die arbeitsweltliche gebührt Frieda Hockauf.

Die Ostfrauen, mit denen sich das Buch von Steffi Brüning befasst, haben die Republik jedenfalls nicht verändert. Sie passen auch nicht ins Bild „der Errungenschaften, die die DDR hinterlassen hat“, von dem Tanja Brandes und Markus Decker ausgehen. Steffi Brüning widmet sich einem Thema, das bislang systematisch wenig erforscht ist. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte das ambitionierte Forschungsprojekt mit einem Promotionsstipendium. Das hat sich gelohnt. Die Autorin befasst sich mit der Prostitution in der DDR vom strafrechtlichen Verbot 1968 bis zum Mauerfall 1989 am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig und geht den Fragen nach: Wann, wie und warum erfolgte die Kategorisierung als Prostituierte und welche Konsequenzen hatte das für die Frauen? Welche Handlungsstrategien entwickelten Prostituierte im „real-existierenden Sozialismus“ und wie „bewegten“ sie sich im Herrschaftsbereich der SED?

Der größte Einschnitt in das Leben bzw. die Arbeit der Prostituierten wurde nach Brünings Analyse durch das neue DDR-Strafgesetzbuch im Januar 1968 ausgelöst worden. Seit der Einführung des neuen „Asozialen“ Paragraphen seien Prostituierte kriminalisiert worden. Bis zu zwei Jahre Haft sah das DDR-Strafgesetzbuch für „asoziales Verhalten“ (§ 249) vor. Genau definiert wurde der Tatbestand nicht, denn er sollte vielfältig einsetzbar sein. Unangepasste sollten diszipliniert werden, sozial Auffällige und eigentlich therapiebedürftige Menschen weggesperrt werden können und Menschen, die keiner geregelten Arbeit nachgingen, sich prostituierten oder ihren Lebensunterhalt nicht durch normgerechte Arbeit verdienten, galten fortan als kriminell.

Die persönlich promiske Bolschewistin Alexandra Kollontai hatte bereits 1921 in ihrer Vorlesung über „die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung“ an der Swerdlow-Universität verkündet: Prostitution sei eine Verletzung der „allgemeinen Arbeitspflicht“,

deshalb würden „alle Frauen, die der allgemeinen Arbeitspflicht nicht nachkommen und die auch keine Kleinkinder in der Familie zu versorgen haben, genauso zu Zwangsarbeit verurteilt wie die Prostituierten.“ Auch der NS-Staat verfolgte Prostituierte bei Bedarf als „asoziale weibliche Elemente“.

Die strafrechtliche Normsetzung gegen Prostituierte in der DDR beruhte laut Brüning letztlich auf dem Konzept der „Asozialität“, also dem „Fehlen einer gesellschaftlich-nützlichen, geregelten Arbeit“. Das Spannungsverhältnis zwischen Straftat (nach §249 StGB der DDR) und Prostitution untersucht die Autorin im ersten Kapitel. Dass es „die“ Prostituierte nicht gab, erwähnt sie kurz. Am Anfang ihrer Betrachtung steht folgerichtig die „sozialistische Utopie“, also die Vorstellungen und Ansprüche der SED und die daraus resultierende Normensetzung für die eigene Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund stellt Brüning die Frage: Gegen welche Normen verstießen Frauen, die als Prostituierte wahrgenommen wurden und wie wollte die SED-Führung auf diese Verstöße reagieren? Parallel zum neuen Strafgesetzbuch erließ die DDR-Regierung die Verordnung über die Aufgaben der örtlichen Räte und Betriebe im Rahmen der Erziehung sogenannter kriminell gefährdeter Bürger. Diese Verordnung sollte prinzipiell vor der strafrechtlichen Verfolgung (nach § 249), also präventiv wirken.

Daran anschließend wirft Brüning im zweiten Kapitel einen Blick auf die staatliche Kontrolle und Überwachung von Prostituierten in der DDR, weil sexuelle Arbeit de jure illegal war. Die Kontrollen seien in Zeiten steigender Infektionen mit Geschlechtskrankheiten stets verstärkt worden. 1978 beispielsweise seien in den Großstädten Rostock, Berlin und Leipzig die häufigsten Neuinfektionen mit Geschlechtskrankheiten verzeichnet worden. Das DDR-Gesundheitsministerium habe reagiert und verschiedene Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen geplant.

Dabei wurden mitunter Frauen in der DDR zwangsweise in Geschlossene Krankenanstalten eingewiesen. Für die Untersuchung griff Steffi Brüning auf die Geschlossenen Krankenanstalten Thonberg in Leipzig und in der Johannisstraße in Rostock zurück - nicht wegen der Standorte, sondern wegen der Verfügbarkeit der Unterlagen und der überlieferten „Patientinnen“-Akten. Im dritten Kapitel behandelt die Autorin die Stellung des Ministeriums für Staatssicherheit und die K I (politischer Arbeitsbereich I der Kriminalpolizei) gegenüber der Prostitution, die Motive von Frauen, für das MfS oder die K I zu spitzeln und ihre Bereitschaft, das „eigene Milieu“ zu überwachen. Im letzten Kapitel beleuchtet sie den Alltag von Prostituierten in Leipzig, Berlin und Rostock.

Im Unterschied zu einem insgesamt gut lesbaren und gut recherchierten Buch enthält das Kapitel „Förderung und Unterstützung – Das Ministerium für Staatssicherheit und die K I“ eine Reihe von Fehlern. An manchen Stellen mangelt es dem Text an Gründlichkeit. So behauptet Steffi Brüning, Frauen, „die als geheimdienstliche Instrumente Zielpersonen bearbeiteten“, seien umgangssprachlich als „Honigfallen“ bezeichnet worden und hätten für das MfS „geheimdienstliche Arbeit am Feind“ erledigt. Der Begriff „Honigfalle“ ist im MfS-Schriftgut nicht überliefert und spielte auch in der DDR-Umgangssprache keine Rolle. Prostituierte im MfS-Dienst wurden im einschlägigen Schriftgut als „operative Betten“ bezeichnet. Hauptmann Detlef Frömmling hatte an der Potsdamer Stasi-Hochschule eine Diplomarbeit über die effektive Durchführung solcher IM-Einsätze erstellt. Er stellte seine Qualifikationsarbeit über die „operativen Betten“ unter das eher unverfängliche Motto: „Die Wirksamkeit des IM-Bestandes der Hotelanlagen Hotel Potsdam und Hotel Schloß Cecilienhof bei der Aufdeckung und Abwehr von feindlichen Aktivitäten im aufnehmenden Tourismus aus dem

NSA und daraus resultierende Schlußfolgerungen für die politisch-operative Arbeit.“ Der Begriff „Honigfalle“ ist eine Adaption aus dem Englischen „Honeytrap“. Im „Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert“ sind „Honigfallen“ weit mehr: „Im Geheimdienstjargon verwendet für: Sexuelle Nötigungssituation. Zur Herstellung einer Honigfalle sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt; in der Praxis handelt es sich zumeist um die fotografische Dokumentation sexueller Handlungen, die der zu Nötigende im Nachhinein als peinlich empfindet.“ (Helmut Roewer, Stefan Schäfer, Matthias Uhl: Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 210).

Die vom MfS anlässlich der Messen in Leipzig, der Ostseewoche in Rostock und ähnlicher von westlichem Publikum frequentierten Großveranstaltungen herangezogenen Frauen konnten als Gegenleistung neben den eingenommenen Devisen auch auf einen Schutz vor Strafverfolgungen durch das MfS rechnen. Das Schild und Schwert der SED, betrieb seine Zuhälterei „an der Intimfront“ des Klassenkampfes mit gutem Gewissen.

Angela Schmole

Andreas Jüttemann: Spaziergänge und Entdeckungen rund um Schlachtensee und Krumme Lanke, Berlin: Verlag Pharus-Plan 2021 (laut Amazon: 10. August 2020), 50 Seiten, 7,50 Euro

Der Schlachtensee ist wunderschön. Die ihn umgebende Vegetation lässt ihn wie gemalt erscheinen. Der Maler Walter Leistikow hat dies insbesondere in seinem Bild „Abendstimmung am Schlachtensee“ treffend festgehalten. Der Uferweg ist frei zugänglich, das Wasser klar. CNN hat ihn als einzigen deutschen See in die Liste der 20 besten Badeplätze der Welt aufgenommen. Er sei gut erreichbar mit der S-Bahn, habe viele Zugangsmöglichkeiten in das „kühle grüne Wasser“ und biete Natur pur ohne lange Anfahrtswege.

Als einer, der im jetzigen Ortsteil Schlachtensee seit mehr als drei Jahrzehnten lebt, und schon als Student an heißen Sommertagen dort schwimmen ging, hat der Autor dieser Zeilen das kleine Büchlein von Andreas Jüttemann mit Interesse in die Hand genommen. Leider war nach dem Lesen der 50 Seiten die Enttäuschung groß. Hier findet sich nichts, was nicht auch anderswo schon und auch noch besser beschrieben worden wäre (vgl. <https://schlachtenseesite.wordpress.com/entstehung-von-schlachtensee-w-ellerbrock/>).

Ärgerlich sind – um es milde auszudrücken – die historischen Anmerkungen des Autors. Erwähnt werden prominente Nationalsozialisten und Kommunisten, die falsch und irreführend beschrieben werden. Der Kommunist Klaus Gysi lebte von 1940 bis 1945 im Haus seiner Schwiegereltern in der Straße Am Schlachtensee 130. Angesichts der vielen Nationalsozialisten, die in der Nähe wohnten, wundert man sich, wie er fünf Jahre lang dort untertauchen und gleichzeitig für den Verlag Hoppenstedt & Co. arbeiten konnte. Angeführt wird, dass Klaus Gysi nach Kriegsende in die DDR ging und als Kulturminister und Diplomat tätig war, verschwiegen wird, dass er auch Staatssekretär für Kirchenfragen war und als IM „Kurt“ acht Jahre für die Stasi spitzelte.

Seinen Sohn Gregor Gysi, der den Schlachtensee vielleicht vom Hörensagen kennt oder als Spaziergänger einmal in Augenschein nahm, erwähnt der Autor als einzigen mit Foto in diesem Buch. Warum der Autor ihn als einzige Person abbildet, bleibt sein Geheimnis. Kein Geheimnis ist die politische Agenda von Gregor Gysi. Im Buch heißt es: „Er wurde nach der Wende 1989 Mitbegründer der sozialistischen Partei PDS.“ Tatsächlich war Gysi der letzte Parteivorsitzende der SED, die sich in PDS umbenannte. Unerwähnt bleibt seine aktive Rolle bei der Gestaltung und Aufrechterhaltung der sozialistischen Diktatur in der DDR. In

seiner Funktion als Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte unterhielt er enge Kontakte mit den für Sicherheitsfragen zuständigen Abteilungen des ZK der SED. Ob er auch als IM „Notar“ für die Stasi inoffiziell gearbeitet hat, ist umstritten und unerheblich, da die Stasi bekanntlich Schild und Schwert der Partei, sprich: der SED, war.

Noch verharmlosender ist die Charakterisierung der Kommunistin Ruth Werner, die hier nur als Schriftstellerin erwähnt wird. Tatsächlich aber arbeitete sie als Agentin im Rang eines Oberst für den sowjetischen Militärnachrichtendienst GRU. In der Endphase der DDR schrieb sie einen Brief an die *Weltbühne*, in dem es bezogen auf die Genossen und andere besorgte Menschen u. a. hieß: „Sie sind ratlos und können nachts nicht schlafen. Sie sagen, sie haben die Kraft, mit mancher Enttäuschung fertig zu werden, wenn es nur den Ausblick auf ein Vorwärts gibt. Wir haben so prächtige Menschen in der DDR, ich möchte, dass sie besser schlafen können, damit sie besser anpacken können, am liebsten schon morgen.“

Jüttemann erwähnt Nationalsozialisten, aber auch Fabrikanten und Schauspieler, die hier wohnten. Andere wie z. B. der Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, der 1942 bei einem Attentat in Prag ums Leben kam, und der Leiter der Abwehr des Militärischen Geheimdienstes der Wehrmacht, Wilhelm Canaris, der sich im Laufe der Jahre vom Nationalsozialismus entfernte und von den Nazis Anfang April 1945 zum Tode verurteilt und gehängt wurde, werden ausgespart. Auch den Schauspieler Günter Pfitzmann, dem in der Nähe ein Platz gewidmet ist, erwähnt der Autor nicht.

Die Gegend um den Schlachtensee lockte viele Nationalsozialisten an. In der sogenannten Marinesiedlung, in der seit den 1950er Jahren der spätere Regierende Bürgermeister und Bundeskanzler Willy Brandt mit seiner Familie mehrere Jahre

lebte, wohnten höhere Marineoffiziere. Die Doppelhaushälfte der Familie Brandt erinnert eher an die Häuser in der Politbürosiedlung in Wandlitz als an Prunk und Luxus.

An der Krummen Lanke ließ der NS-Staat eine Siedlung für Angehörige der SS bauen. Nach Kriegsende mussten die Bewohner ihre Häuser verlassen, Straßennamen wurden geändert, auch Opfer und Verfolgte des NS-Regimes bezogen die nun leerstehenden Gebäude.

Auf dem Grundstück Wasserkäfersteig 1, auf dem die Deutsche Reichspost 1939–1941 eine auch aus Bunkern bestehende Telefonvermittlungsstelle zum Abhören von Telefongesprächen errichtete, entstand nach 1945 das Berlin Document Center.

Der Autor erwähnt den legendären Bierkastenlauf zu Christi Himmelfahrt. Er ist mittlerweile verboten, da er zu einem Saufgelage ausartete und die Polizei in Atem hielt. Warum Jüttemann Christi Himmelfahrt als „Herrentag“ wie in der DDR und nicht als „Vatertag“ wie in der Bundesrepublik üblich nennt, erschließt sich dem Leser nicht. Gleiches gilt für die in der DDR gebräuchliche Schreibweise „Westberlin“ und nicht wie im Westteil der Stadt „West-Berlin“. Mit dem Setzen des Gendersternchens hapert es ebenfalls. Manche Worte werden mit einem Stern versehen, andere der gleichen Güteklasse nicht. Da muss der Autor noch etwas üben.

Zum Schluss möchte ich als jemand, der sehr frühmorgens, wenn die Wassertemperaturen es zulassen, im See schwimmen geht oder mit dem Fahrrad den See umrundet, darauf hinweisen, dass wohlstandsverwahrloste Jugendliche und andere Personen, die mit der S-Bahn anreisen, nahezu rund um den See Müllberge hinterlassen, die von der BSR täglich beseitigt werden müssen. Anwohner berichten zudem, dass Jugendliche im Sommer bis tief in die Nacht bei ihren Saufgelagen am Ufer des Sees lautstark

größen und die Nachtruhe stören. Die im Büchlein erwähnte Leinenpflicht für Hunde steht leider nur auf dem Papier. Schließlich wollen die „lieben Kleinen“ einen unbeschwerten Auslauf haben. An diesen Missständen konnten auch die seit letztem Jahr eingesetzten sogenannten Parkläufer bisher nichts ändern.

Der Schlachtensee und seine Umgebung stehen nicht nur für Wald, Wasser und Villen, sondern offenbaren beim Blick in

die Geschichte Abgründe, aber auch Einblicke in das nach Kriegsende geteilte Deutschland, erst in Zonen und dann in zwei Staaten. Umso notwendiger wäre es, dass jemand, der als Historiker vorgestellt wird und an der Freien Universität Berlin Psychologie studiert hat, mit den Personen, die diese Geschichte prägten, präzise umgeht. Diese Chance hat Jüttemann nicht genutzt.

Klaus Schroeder